



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 2 / 2008 – 2009

	Inhalt	Seite
2.	Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	15

Inhaltsverzeichnis

Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

I.	Ausgangslage	15
	1. Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	15
	2. Kompetenz zum Erlass von Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen.	16
	3. Befristete Massnahmen des Bundes.	17
II.	Handlungsbedarf	17
	1. Notwendigkeit einer unbefristeten Regelung	17
	2. Neuregelung auf Kantonsebene (Konkordatslösung) ..	18
	3. Einstellung der Regelung auf Bundesebene (Verzicht auf Verfassungslösung)	18
III.	Konkordat	19
	1. Entstehung des Konkordats	19
	2. Grundzüge des Konkordats	19
	3. Einzelne Bestimmungen	20
	4. Zuständigkeit und Referendum	21
IV.	Personelle und finanzielle Auswirkungen	21
V.	Antrag	22
	Anhänge	23

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

2.

Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Chur, 20. Mai 2008

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Botschaft zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007

I. Ausgangslage

1. Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Mit dem Drama im Heysel-Stadion von Brüssel am 29. Mai 1985 ist allgemein ins Bewusstsein gerückt, welche Gefahren von randalierenden Fans bei sportlichen Grossanlässen ausgehen können. Gewaltbereitschaft und Gewaltausübung im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen, insbesondere an Fussball- und Eishockeyspielen, haben in den letzten Jahren auch auf die Schweiz übergreifen. Gewalttätige Ausschreitungen sind leider zu regelmässigen Begleiterscheinungen im Umfeld von Sportveranstaltungen geworden.

Während zunächst die Ausschreitungen von Zuschauern ausgingen, veränderte sich dies inzwischen deutlich. Gewaltbereite Hooligans interessieren sich nicht oder nur nebensächlich für den Sport, sondern suchen die gewalttätige Auseinandersetzung mit anderen Gruppen oder mit der Polizei. Die Häufung der gewalttätigen Ausschreitungen in diesem Zusammenhang zeigt, dass auf Grund der aktuellen Entwicklung und den Potenzialen in verschiedenen Ländern – je nach teilnehmenden Mannschaften – mit einem mittleren bis grösseren Gefahrenrisiko für Gewaltaktionen gerechnet werden muss. Die Besucher von Eis-

hockey- und Fussballspielen, die sich in die Stadien begeben, um dort gemeinsam ein sportliches Ereignis zu erleben, sehen sich zunehmend mit gewaltbereiten Gruppen konfrontiert. Hooligans nutzen den Schutz der Masse, agieren mit Vorliebe bei Auswärtsspielen und bleiben so oft anonym. Die Bekämpfung des Gewaltphänomens mit den Mitteln der kantonalen Polizeierlasse und des Strafrechts hat sich in der Praxis als unzureichend erwiesen. Gewalt anlässlich von Sportereignissen ist ein kantonsübergreifendes Problem, da sich Hooligans bevorzugt ausserhalb ihres Wohnortkantons an Ausschreitungen beteiligen. Zudem beschränken sich die Ausschreitungen nicht auf die Stadien, sondern finden rund um die Sportanlässe sowie in den Innenstädten der Austragungsorte statt. Deshalb sind auch die privatrechtlichen Stadionverbote nur beschränkt wirksam, die zudem ohne zusätzliche polizeiliche Massnahmen kaum durchgesetzt werden können. Vor diesem Hintergrund drängt es sich auf, wirksame Instrumente zur Verhinderung von Gewalt rund um sportliche Grossanlässe vorzusehen bzw. weiterzuführen.

2. Kompetenz zum Erlass von Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Gewalttätige Ausschreitungen, wie sie an sportlichen Anlässen vorkommen, stellen eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar. Gefährdet sind klassische Polizeigüter wie Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum. Massnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung an Sportanlässen beschlagen damit den Sachbereich der inneren Sicherheit. Diese Staatsaufgabe ist im Wesentlichen eine originäre Aufgabe der Kantone und fundamentaler Ausdruck ihrer Staatlichkeit. Der Bund verfügt nach geltendem Verfassungsrecht im Bereich der inneren Sicherheit nur über einige fragmentarische Kompetenzen, die ihn nur bedingt zum Erlass von Vorschriften zur Verhinderung und Bekämpfung der Gewalt in Zusammenhang mit Sportanlässen ermächtigen. Insbesondere ist der Bund nur in einem engen Rahmen befugt, auf diesem Gebiet Präventivmassnahmen zu erlassen. So verleiht u.a. Art. 123 der Bundesverfassung (BV; SR 101) dem Bund im Bereich des Strafrechts eine umfassende Rechtsetzungsbefugnis. Hingegen stellt Art. 123 BV keine Verfassungsgrundlage für den Bund dar, um individualpräventive Massnahmen gegen potenzielle Täter zu erlassen. Auch Art. 57 Abs. 2 BV (Koordinationspflicht im Bereich der inneren Sicherheit) kann in der Regel nicht als Verfassungsgrundlage für Massnahmen gegen Gewalt an Sportveranstaltungen herangezogen werden. Ebenso wenig können die beiden als Organkompetenzen ausgestalteten Art. 173 Abs. 1 Bst. b (Massnahmen der Bundesversammlung zur Wahrung der inneren Sicherheit) und Art. 185 Abs. 2 BV (Massnahmen des Bundesrates zur Wahrung der inneren Sicherheit) zum Tragen kommen.

3. Befristete Massnahmen des Bundes

Um der Gewalt im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen in der Schweiz Einhalt zu gebieten und den Behörden insbesondere im Hinblick auf die EURO 08 die notwendigen Handlungsinstrumente in die Hand zu geben, haben die Eidgenössischen Räte am 24. März 2006 eine Teilrevision des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS; SR 120) verabschiedet. Die mit der Vorlage am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Neuerungen betreffen einerseits die Gewaltpropaganda, wobei die Möglichkeit zur Sicherstellung, Beschlagnahme und Einziehung von zu Gewalt aufrufender Propaganda geregelt wurde. Andererseits sieht das revidierte BWIS zur Bekämpfung von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen insgesamt fünf kaskadenartig aufeinander abgestimmte präventive Massnahmen vor, nämlich die Registrierung gewalttätig gewordener Hooligans in einem nationalen Informationssystem («HOOGAN») sowie die Anordnung einer Ausreisebeschränkung, eines Rayonverbots, einer Meldeauflage oder des Polizeigewahrsams. Diese Massnahmen gegen Hooliganismus sind nicht nur für die Durchführung der Fussball-Europameisterschaft 2008 und der Eishockey-Weltmeisterschaft 2009 in der Schweiz, sondern auch für den Meisterschaftsbetrieb in den grossen Publikumssportarten notwendig. Während sich die Einführung eines Hooligan-Informationssystems sowie das Ausreiseverbot auf die bestehenden verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Bundes abstützen lassen, war die Verfassungskonformität des im BWIS enthaltenen Rayonverbots, der Meldeauflage und des Polizeigewahrsams umstritten. Aus diesem Grund wurden diese drei Massnahmen im BWIS bis Ende 2009 befristet.

Das Bündner Polizeigesetz (PolG; BR 613.000) enthält bereits Bestimmungen zur Wegweisung und zur Fernhaltung (Art. 12) sowie zum Polizeigewahrsam (Art. 15). Damit verfügt der Kanton Graubünden – mit Ausnahme der Meldeauflage – bereits über die im BWIS vorgesehenen polizeilichen Massnahmen.

Als zuständige Instanz für die Anordnung der drei Massnahmen des BWIS bezeichnete die Bündner Regierung in Art. 33 der kantonalen Polizeiverordnung (PolV; BR 613.100) den Polizeikommandanten.

II. Handlungsbedarf

1. Notwendigkeit einer unbefristeten Regelung

Es muss davon ausgegangen werden, dass die Problematik der Gewalt an Sportveranstaltungen auch nach Durchführung der EURO 08 und der Eis-

hockey-WM 2009 weiter bestehen bleibt. Die bis Ende 2009 befristeten Massnahmen zur Bekämpfung und Vermeidung von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Rayonverbot, Meldeauflage und Polizeigewahrsam) müssen deshalb auch nach Ablauf der Befristung zur Verfügung stehen. Dazu ist eine unbefristete Rechtsgrundlage nötig. Bis zum Ablauf der Befristung soll deshalb entweder eine einwandfreie bundesrechtliche Verfassungsgrundlage geschaffen oder durch die Kantone ein entsprechendes Konkordat erarbeitet und in Kraft gesetzt werden.

2. Neuregelung auf Kantonsebene (Konkordatslösung)

Die Frühjahrsversammlung 2007 der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) beschloss einstimmig, die Konkordatslösung weiterzuverfolgen, weil damit das geltende Gefüge der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich der inneren Sicherheit nicht tangiert wird. Der Konkordatstext wurde an der Herbstversammlung der KKJPD vom 15. November 2007 verabschiedet und zur Ratifikation durch die Kantone freigegeben. Das Konkordat tritt in Kraft, sobald ihm mindestens zwei Kantone beigetreten sind, frühestens jedoch auf den 1. Januar 2010. Wenn die Kantone dem Konkordat rechtzeitig beitreten, können die Massnahmen nach dem 31. Dezember 2009 somit nahtlos und auf unbefristete Zeit weitergeführt werden.

3. Einstellung der Regelung auf Bundesebene (Verzicht auf Verfassungslösung)

Der Bund nahm in Absprache mit der KKJPD parallel zur Ausarbeitung der Konkordatslösung bereits im Sommer 2006 die Arbeiten für eine neue Verfassungsbestimmung (Verfassungslösung) an die Hand. Am 29. August 2007 verabschiedete der Bundesrat dazu die entsprechende Botschaft mit zwei Varianten, um in jedem Fall eine Auffanglösung vorbereitet zu haben, sollte die Konkordatslösung nicht oder nicht rechtzeitig realisiert werden können. Er sieht aber vor, diese Arbeiten auf Bundesebene einzustellen, sobald feststeht, dass die Realisierung einer kantonalen Regelung unmittelbar bevorsteht. Da der Konkordatstext nunmehr durch die KKJPD verabschiedet und zur Ratifikation freigegeben wurde, ist davon auszugehen, dass die Kantone das Konkordat ratifizieren und rechtzeitig vor dem 1. Januar 2010 in Kraft setzen können. Damit könnte die Arbeit an einer Regelung auf Bundesebene eingestellt und auf die Verfassungslösung verzichtet werden.

III. Konkordat

1. Entstehung des Konkordats

Die Frühjahrsversammlung 2007 der KKJPD beschloss, die Konkordatslösung weiterzuverfolgen und somit die geltende Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich der inneren Sicherheit beizubehalten. Im August/September 2007 wurde eine Vernehmlassung zum Konkordatsentwurf bei den Kantonen und den interessierten Kreisen durchgeführt. Es nahmen daran alle Kantone, das Bundesamt für Polizei, das Bundesamt für Justiz, die Schweizerische Zentralstelle Hooliganismus, die Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz sowie die Konferenz Städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren teil. Die Befragten, darunter auch die Bündner Regierung, stimmten den Konkordatsregeln im Allgemeinen zu.

An seiner Sitzung vom 4. Oktober 2007 nahm der Vorstand der KKJPD von der Vernehmlassungsauswertung Kenntnis und verabschiedete den Konkordatsentwurf zuhanden der Herbstversammlung 2007. Dabei wurde berücksichtigt, dass das Konzept des Konkordats darauf beruht, die befristeten Bestimmungen des BWIS möglichst unverändert in eine neue Form zu überführen und nur dort neue Regelungen zu erlassen, wo dies unbedingt nötig erscheint. Anlässlich der Herbstversammlung der KKJPD vom 15. November 2007 wurde das Konkordat in der Fassung vom 4. Oktober 2007 genehmigt und der Vorstand beauftragt, den Kantonen das Konkordat zum Beitritt zu unterbreiten.

2. Grundzüge des Konkordats

Mit dem Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen sollen die bereits heute in diesem Bereich geltenden Regeln über das Jahr 2009 hinaus weitergeführt werden. So vereint das Konkordat in den Art. 1 bis 9 und 11 bis 13 Bestimmungen, die heute im BWIS und in der Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (VWIS; SR 120.2) enthalten sind. In den Art. 14 bis 17 enthält das Konkordat Schlussbestimmungen zum Inkrafttreten und zur Kündigung. Gegenüber dem heutigen Rechtszustand enthält das Konkordat ausser in Art. 2 Abs. 2 und 10, die im Folgenden kurz kommentiert werden sollen, keine neuen Regeln.

3. Einzelne Bestimmungen

Gemäss Art. 2 Abs. 2 des Konkordats gelten im Gegensatz zum BWIS nicht nur Handlungen *in Stadien* oder *Hallen* als gewalttätiges Verhalten, sondern solche an *Sportstätten, in deren Umgebung sowie auf dem An- und Rückreiseweg*. Mit dieser Ausdehnung der Definition des gewalttätigen Verhaltens kann die unbefriedigende Situation gelöst werden, dass bei Kontrollen im Umfeld von Sportveranstaltungen gegen das Mitführen oder Verwenden gefährlicher Gegenstände nicht oder nicht wirksam eingeschritten und dagegen erst beim oder nach Betreten der Sportstätten vorgegangen werden kann.

In Art. 10 wird ebenfalls eine inhaltliche Ausdehnung der bisherigen BWIS-Bestimmungen vorgenommen, die sich in der Praxis als nötig erwiesen hat: Da sich oftmals Personen zwar innerhalb der Stadien friedlich verhalten, ausserhalb davon jedoch Gewalttätigkeiten verüben, sollen auch in diesen Fällen Stadionverbote verhängt werden können, um eine nachhaltige präventive Wirkung zu erzielen. Den zuständigen Behörden muss es deshalb möglich sein, den Stadionbetreibern in solchen Fällen Stadionverbote zu empfehlen. Die Bestimmung bildet gleichzeitig die gesetzliche Grundlage zur Weitergabe der entsprechenden Personendaten.

Gemäss Art. 9 Abs. 4 des Konkordates bezeichnen die Kantone die richterliche Instanz, die für die Überprüfung der Rechtmässigkeit des Polizeigewahrsams zuständig ist. Da es sich beim Polizeigewahrsam nach dem Konkordat um eine sicherheits- oder verwaltungspolizeiliche Massnahme handelt, erscheint es sachgerecht, das kantonale Verwaltungsgericht als zuständige richterliche Instanz zu bezeichnen, wie es bereits heute für den Polizeigewahrsam nach BWIS zuständig ist. Die Bezeichnung des Verwaltungsgerichts hat auf Gesetzesstufe zu erfolgen, was im Beitrittsbeschluss möglich ist.

Weiter haben die Kantone nach Art. 13 Abs. 1 des Konkordates die zuständigen Behörden für die Massnahmen nach den Artikeln 4 bis 9 des Konkordates zu bezeichnen. Es handelt sich um die Anordnung des Rayonverbotes, der Meldeaufgabe und des Polizeigewahrsams. Die Zuständigkeit dieser Massnahmen, die bisher gestützt auf das BWIS angeordnet werden können, hat die Regierung mit dem Art. 33a PolV dem Polizeikommandanten übertragen. Diese Zuständigkeit kann weiterhin so belassen werden. Mit dem Inkrafttreten des Konkordates müssen in der Polizeiverordnung lediglich die Verweisungen angepasst werden.

4. Zuständigkeit und Referendum

Nach Art. 45 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) ist die Regierung für das Aushandeln von interkantonalen und internationalen Verträgen und, soweit sie in ihre Verordnungskompetenz fallen, auch für deren Abschluss zuständig. Nach Art. 32 Abs. 2 KV genehmigt der Grosse Rat die interkantonalen und internationalen Verträge, soweit nicht die Regierung zum alleinigen Abschluss befugt ist.

Der Grosse Rat hat nach Art. 31 KV alle wichtigen Bestimmungen in der Form eines Gesetzes zu erlassen (Abs.1). Dazu gehören namentlich Zweck und Umfang von Grundrechtsbeschränkungen (Abs. 2 Ziff. 2). Mit dem Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen werden insbesondere eine unbefristete Rechtsgrundlage für die Bekämpfung von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen mittels Registrierung gewalttätig gewordener Hooligans in einem nationalen Informationssystem («HOOGAN») und der Möglichkeit der Anordnung eines Rayonverbots, einer Meldeauflage oder des Polizeigewahrsams geschaffen sowie die entsprechenden Zuständigkeiten und das Verfahren geregelt. Das Konkordat hat somit Gesetzesrang, d.h. der Regierungsbeschluss über den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen unterliegt der Genehmigung des Grossen Rates.

Nach Art. 17 Abs. 1 Ziffer 2 KV sind Abschluss, Änderung oder Kündigung von interkantonalen oder internationalen Verträgen mit gesetzesänderndem Inhalt dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

IV. Personelle und finanzielle Auswirkungen

Die im BWIS verankerten Massnahmen gegen den Hooliganismus, für die mit dem Konkordat eine dauerhafte Grundlage geschaffen werden soll, werden bereits seit 1. Januar 2007 angewendet.

Der personelle und finanzielle Aufwand, der für den Kanton Graubünden durch den Vollzug der neuen Massnahmen entsteht, ist im Verhältnis zu jenem Aufwand zu beurteilen, der bei den Sportveranstaltungen bis anhin verursacht wurde (Polizeieinsätze, Personen- und Sachschäden usw.). Wie in Ziffer I. ausgeführt, hat die Regierung mit Art. 33a PolV den Polizeikommandanten als zuständige Instanz zur Anordnung der Massnahmen nach BWIS bezeichnet. Damit und mit Art. 12 und 15 Polizeigesetz bestehen grundsätzlich bereits gesetzliche Grundlagen, um die mit dem Konkordat vorgesehenen Massnahmen

im Kanton Graubünden anwenden zu können, weshalb das Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen voraussichtlich weder finanzielle noch personelle Auswirkungen hat.

V. Antrag

Gestützt auf diese Botschaft **beantragen** wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007 gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Engler*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt dem Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007 bei.
2. Der Polizeigewahrsam kann innert 30 Tagen seit Anordnung beim Verwaltungsgericht mit verwaltungsgerichtlicher Beschwerde auf seine Rechtmässigkeit überprüft werden.
3. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen zu erklären.
4. Die Ziffern 1 bis 3 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Participaziun dal chantun Grischun al concordat davart las mesiras cunter la violenza a chaschun d'occurrenzas da sport

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la constituziun chantunala, suenter avair gè invista da la missiva da la regenza dals ...

concluda:

1. Il chantun Grischun sa participescha al concordat dals 15 da november 2007 davart las mesiras cunter la violenza a chaschun d'occurrenzas da sport.
2. Entaifer 30 dis dapi sia ordinaziun po la fermanza da polizia vegnir controllada areguard sia legalitad tras in recurs da dretg administrativ tar la dretgira administrativa.
3. La regenza vegn autorisada da declerar la participaziun al concordat davart las mesiras cunter la violenza a chaschun d'occurrenzas da sport.
4. Las cifras 1 fin 3 da quest conclus suttastattan al referendum facultativ.

Adesione del Cantone dei Grigioni al Concordato sulle misure contro la violenza in occasione di manifestazioni sportive

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 2 della Costituzione cantonale;
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

1. Il Cantone dei Grigioni aderisce al Concordato sulle misure contro la violenza in occasione di manifestazioni sportive del 15 novembre 2007.
2. Con ricorso amministrativo al Tribunale amministrativo è possibile chiedere l'esame della legittimità del fermo preventivo di polizia, entro 30 giorni da quando viene disposto.
3. Il Governo viene autorizzato a dichiarare l'adesione al Concordato sulle misure contro la violenza in occasione di manifestazioni sportive.
4. I numeri da 1 a 3 della presente decisione sono soggetti a referendum facoltativo.

Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und
-direktoren am 15. November 2007 verabschiedet

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Die Kantone treffen in Zusammenarbeit mit dem Bund zur Verhinderung
gewalttätigen Verhaltens vorbeugende polizeiliche Massnahmen nach die-
sem Konkordat, um frühzeitig Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
zu erkennen und zu bekämpfen. Zweck

Art. 2

¹ Gewalttätiges Verhalten und Gewalttätigkeiten liegen namentlich vor,
wenn eine Person folgende Straftaten begangen oder dazu angestiftet hat: Definition
gewalttätigen
Verhaltens

- a. Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben nach den Artikeln 111-
113, 117, 122, 123, 125 Absatz 2, 129, 133, 134 des Strafgeset-
zbuches (StGB);
- b. Sachbeschädigungen nach Artikel 144 StGB;
- c. Nötigung nach Artikel 181 StGB;
- d. Brandstiftung nach Artikel 221 StGB;
- e. Verursachung einer Explosion nach Artikel 223 StGB;
- f. Öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder zur Gewalttätigkeit
nach Artikel 259 StGB;
- g. Landfriedensbruch nach Artikel 260 StGB;
- h. Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte nach Artikel 285
StGB.

² Als gewalttätiges Verhalten gilt ferner die Gefährdung der öffentlichen
Sicherheit durch das Mitführen oder Verwenden von Waffen, Spreng-
mitteln, Schiesspulver oder pyrotechnischen Gegenständen an Sportstät-
ten, in deren Umgebung sowie auf dem An- und Rückreiseweg.

Art. 3

¹ Als Nachweis für gewalttätiges Verhalten nach Artikel 2 gelten:

- a. entsprechende Gerichtsurteile oder polizeiliche Anzeigen;
- b. glaubwürdige Aussagen oder Bildaufnahmen der Polizei, der Zollver-
waltung, des Sicherheitspersonals oder der Sportverbände und -ver-
eine; Nachweis
gewalttätigen
Verhaltens

- c. Stadionverbote der Sportverbände oder -vereine;
- d. Meldungen einer zuständigen ausländischen Behörde.

² Aussagen nach Absatz 1 Buchstabe b sind schriftlich festzuhalten und zu unterzeichnen.

2. Kapitel: Polizeiliche Massnahmen

Art. 4

Rayonverbot

¹ Einer Person, die sich anlässlich von Sportveranstaltungen nachweislich an Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen beteiligt hat, kann der Aufenthalt in einem genau umschriebenen Gebiet im Umfeld von Sportveranstaltungen (Rayon) zu bestimmten Zeiten verboten werden. Die zuständige kantonale Behörde bestimmt den Umfang der einzelnen Rayons.

² Das Rayonverbot kann längstens für die Dauer eines Jahres verfügt werden.

³ Das Verbot kann von den Behörden des Kantons verfügt werden, in dem die betroffene Person wohnt oder in dem sie an der Gewalttätigkeit beteiligt war. Die Behörde des Kantons, in dem die Gewalttätigkeit geschah, hat dabei Vorrang. Die Schweizerische Zentralstelle für Hooliganismus (Zentralstelle) kann den Erlass von Rayonverboten beantragen.

Art. 5

Verfügung über ein Rayonverbot

¹ In der Verfügung über ein Rayonverbot sind die Geltungsdauer und der Geltungsbereich des Rayonverbots festzulegen. Der Verfügung ist ein Plan beizulegen, der die vom Verbot erfassten Orte und die zugehörigen Rayons genau bezeichnet.

² Wird das Verbot von der Behörde des Kantons verfügt, in dem die Gewalttätigkeit geschah, ist die zuständige Behörde des Wohnsitzkantons der betroffenen Person umgehend zu informieren.

³ Für den Nachweis der Beteiligung an Gewalttätigkeiten gilt Artikel 3.

Art. 6

Meldeaufgabe

¹ Eine Person kann verpflichtet werden, sich zu bestimmten Zeiten bei einer Polizeistelle zu melden, wenn:

- a. sie in den letzten zwei Jahren gegen ein Rayonverbot nach Artikel 4 oder gegen eine Ausreisebeschränkung nach Artikel 24c BWIS verstossen hat;
- b. aufgrund konkreter und aktueller Tatsachen anzunehmen ist, dass sie sich durch andere Massnahmen nicht von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen abhalten lässt; oder
- c. die Meldeaufgabe im Verhältnis zu anderen Massnahmen im Einzelfall als milder erscheint.

² Die betroffene Person hat sich bei der in der Verfügung genannten Polizeistelle zu den bezeichneten Zeiten zu melden. Grundsätzlich ist dies eine Polizeistelle am Wohnort. Die verfügende Behörde berücksichtigt bei der Bestimmung von Meldeort und Meldezeiten die persönlichen Umstände der betroffenen Person.

³ Die Behörde des Kantons, in dem die betroffene Person wohnt, verfügt die Meldeaufgabe. Die Zentralstelle kann den Erlass von Meldeaufgaben beantragen.

Art. 7

¹ Dass eine Person sich durch andere Massnahmen als eine Meldeaufgabe nicht von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen abhalten lässt (Art. 6 Abs. 1 Bst. b), ist namentlich anzunehmen, wenn: Handhabung der Meldeaufgabe

- a. aufgrund von aktuellen Aussagen oder Handlungen der betreffenden Person behördlich bekannt ist, dass sie mildere Massnahmen umgehen würde; oder
- b. die betreffende Person aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse, wie Wohnlage oder Arbeitsplatz in unmittelbarer Umgebung eines Stadions, durch mildere Massnahmen nicht von künftigen Gewalttaten abgehalten werden kann.

² Kann sich die meldepflichtige Person aus wichtigen und belegbaren Gründen nicht nach Artikel 6 Absatz 2 bei der zuständigen Stelle (Meldestelle) melden, so hat sie die Meldestelle unverzüglich und unter Bekanntgabe des Aufenthaltsortes zu informieren. Die zuständige Polizeibehörde überprüft den Aufenthaltsort und die Angaben der betreffenden Person.

³ Die Meldestelle informiert die Behörde, die die Meldeaufgabe verfügt hat, unverzüglich über erfolgte oder ausgebliebene Meldungen.

Art. 8

¹ Gegen eine Person kann der Polizeigewahrsam verfügt werden, wenn: Polizeigewahrsam

- a. konkrete und aktuelle Hinweise dafür vorliegen, dass sie sich anlässlich einer nationalen oder internationalen Sportveranstaltung an schwerwiegenden Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen beteiligen wird; und
- b. dies die einzige Möglichkeit ist, sie an solchen Gewalttätigkeiten zu hindern.

² Der Polizeigewahrsam ist zu beenden, wenn seine Voraussetzungen weggefallen sind, in jedem Fall nach 24 Stunden.

³ Die betroffene Person hat sich zum bezeichneten Zeitpunkt bei der Polizeistelle ihres Wohnortes oder bei einer anderen in der Verfügung genannten Polizeistelle einzufinden und hat für die Dauer des Gewahrsams dort zu bleiben.

⁴ Erscheint die betreffende Person nicht bei der bezeichneten Polizeistelle, so kann sie polizeilich zugeführt werden.

⁵ Die Rechtmässigkeit des Freiheitsentzuges ist auf Antrag der betroffenen Person richterlich zu überprüfen.

⁶ Der Polizeigewahrsam kann von den Behörden des Kantons verfügt werden, in dem die betroffene Person wohnt, oder von den Behörden des Kantons, in dem die Gewalttätigkeit befürchtet wird. Die Behörde des Kantons, in dem die Gewalttätigkeit befürchtet wird, hat dabei Vorrang.

Art. 9

Handhabung des
Polizei-
gewahrsams

¹ Nationale Sportveranstaltungen nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a sind Veranstaltungen, die von den nationalen Sportverbänden oder den nationalen Ligen organisiert werden, oder an denen Vereine dieser Organisationen beteiligt sind.

² Schwerwiegende Gewalttätigkeiten im Sinne von Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a sind namentlich strafbare Handlungen nach den Artikeln 111-113, 122, 123 Ziffer 2, 129, 144 Absatz 3, 221, 223 oder nach Artikel 224 StGB.

³ Die zuständige Behörde am Wohnort der betreffenden Person bezeichnet die Polizeistelle, bei der sich die betreffende Person einzufinden hat und bestimmt den Beginn und die Dauer des Gewahrsams.

⁴ Die Kantone bezeichnen die richterliche Instanz, die für die Überprüfung der Rechtmässigkeit des Polizeigewahrsams zuständig ist.

⁵ In der Verfügung ist die betreffende Person auf ihr Recht, den Freiheitsentzug richterlich überprüfen zu lassen, hinzuweisen (Art. 8 Abs. 5).

⁶ Die für den Vollzug des Gewahrsams bezeichnete Polizeistelle benachrichtigt die verfügende Behörde über die Durchführung des Gewahrsams. Bei Fernbleiben der betroffenen Person erfolgt die Benachrichtigung umgehend.

Art. 10

Empfehlung
Stadionverbot

Die zuständige Behörde für die Massnahmen nach den Artikeln 4-9 und die Zentralstelle können den Organisatoren von Sportveranstaltungen empfehlen, gegen Personen Stadionverbote auszusprechen, welche in Zusammenhang mit einer Sportveranstaltung ausserhalb des Stadions gewalttätig wurden. Die Empfehlung erfolgt unter Angabe der notwendigen Daten gemäss Artikel 24a Absatz 3 BWIS.

Art. 11

Untere
Altersgrenze

Massnahmen nach den Artikeln 4-7 können nur gegen Personen verfügt werden, die das 12. Altersjahr vollendet haben. Der Polizeigewahrsam nach den Artikeln 8-9 kann nur gegen Personen verfügt werden, die das 15. Altersjahr vollendet haben.

3. Kapitel: Verfahrensbestimmungen

Art. 12

Einer Beschwerde gegen eine Verfügung über Massnahmen nach den Artikeln 4-9 kommt aufschiebende Wirkung zu, wenn dadurch der Zweck der Massnahme nicht gefährdet wird und wenn die Beschwerdeinstanz oder das Gericht diese in einem Zwischenentscheid ausdrücklich gewährt.

Aufschiebende
Wirkung

Art. 13

¹ Die Kantone bezeichnen die zuständige Behörde für die Massnahmen nach den Artikeln 4-9.

Zuständigkeit und
Verfahren

² Die zuständige Behörde weist zum Zwecke der Vollstreckung der Massnahmen nach Kapitel 2 auf die Strafdrohung von Artikel 292 StGB hin.

³ Die Kantone melden dem Bundesamt für Polizei (fedpol) gestützt auf Art. 24a Absatz 4 BWIS:

- a. Verfügungen und Aufhebungen von Massnahmen nach den Artikeln 4-9 und 12;
- b. Verstösse gegen Massnahmen nach den Artikeln 4-9 sowie die entsprechenden Strafentscheide;
- c. die von ihnen festgelegten Rayons unter Beilage der entsprechenden Pläne.

4. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 14

Das Generalsekretariat der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) informiert die Bundeskanzlei über das vorliegende Konkordat. Das Verfahren richtet sich nach Artikel 27o RVOV.

Information des
Bundes

Art. 15

Dieses Konkordat tritt in Kraft, sobald ihm mindestens zwei Kantone beigetreten sind, frühestens jedoch auf den 1. Januar 2010.

Inkrafttreten

Art. 16

Ein Mitgliedkanton kann das Konkordat mittels einjähriger Vorankündigung auf Ende eines Jahres kündigen. Die anderen Kantone entscheiden, ob das Konkordat in Kraft zu lassen ist.

Kündigung

Art. 17

Die Kantone informieren das Generalsekretariat KKJPD über ihren Beitritt, die zuständigen Behörden nach Artikel 13 Absatz 1 und ihre Kündigung.

Benachrichtigung
Generalsekretariat
KKJPD

Konkordat gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

gung. Das Generalsekretariat KKJPD führt eine Liste über den Geltungsstand des Konkordats.

Concordat davart las mesiras cunter la violenza a chaschun d'occurrenzas da sport

deliberà ils 15 da november 2007 da la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia

1. chapitel: Disposiziuns generalas

Art. 1

En collavuraziun cun la confederaziun prendan ils chantuns mesiras polizias preventivas tenor quest concordat, e quai per evitar in cumportament violent sco er per eruir e per cumbatter a temp la violenza a chaschun d'occurrenzas da sport. Intent

Art. 2

¹ In cumportament violent ed acts da violenza èn avant maun en spezial, sch'ina persuna ha commess u ha instigà da commetter ils suandants acts chastiabels: Definiziun dal cumportament violent

- a) acts chastiabels cunter il corp e cunter la vita tenor ils artitgels 111 fin 113, 117, 122, 123, 125 alinea 2, 129, 133, 134 dal cudesch penal (CP);
- b) donns materials tenor l'artitgel 144 CP;
- c) constringiment tenor l'artitgel 181 CP;
- d) incendiament tenor l'artitgel 221 CP;
- e) explosiun tenor l'artitgel 223 CP;
- f) instigaziun publica da commetter crims u acts da violenza tenor l'artitgel 259 CP;
- g) violaziun da la pasch publica tenor l'artitgel 260 CP;
- h) violenza e smanatschas cunter autoritads sco er cunter funcziunarias e cunter funcziunaris tenor l'artitgel 285 CP.

² Sco cumportament violent vala plinavant la periclitaziun da la segirezza publica tras il transport u tras l'utilisaziun d'armas, da materias explosivas, da pulvra da sajettar u d'objects pirotecnics en stabiliments da sport, en sia vischinanza sco er sin il viadi d'arriv e da return.

Art. 3

¹ Sco cumprova per in cumportament violent tenor l'artitgel 2 valan:

- a) sentenzias giudizialas u denunzias polizialas correspudentas;

Cumprova per in cumportament violent

- b) decleraziuns vardaivlas u registraziuns visualas da la polizia, da l'administraziun da duana, dal personal da segirezza u da las federaziuns e da las uniuns da sport;
- c) scumonds d'entrar en stadions tras federaziuns u tras uniuns da sport;
- d) annunziis d'ina autoritad estra cumpetenta.

² Las decleraziuns tenor l'alinea 1 litera b ston vegnir protocolladas e sutscrittass.

2. chapitel: Mesiras polizialas

Art. 4

Areals
scumandads

¹ Ad ina persuna ch'è sa participada cumproadamain ad acts da violenza cunter persunas u cunter chaussas a chaschun d'occurrenzas da sport, poi vegnir scumandà da sa trategnair durant tscherts temps en in territori ch'è determinà exactamain en ils conturns d'occurrenzas da sport (areal scumandà). L'autoritad chantunala cumpetenta fixescha la dimensiun dals singuls areals scumandads.

² In areal scumandà po vegnir disponì per ina durada da maximalmain 1 onn.

³ In areal scumandà po vegnir disponì da las autoritads da quel chantun, en il qual la persuna pertutgada abita u en il qual ella è stada participada a l'act da violenza. L'autoritad da quel chantun, en il qual l'act da violenza è vegnì commess, ha la precedenza. Il post central svizzer per dumondas da hooliganissem (post central) po proponer da decretar areals scumandads.

Art. 5

Disposiziun d'in
areal scumandà

¹ En la disposiziun d'in areal scumandà ston vegnir determinads sia durada ed il territori, nua ch'il scumond vala. A la disposiziun sto vegnir agiuntà in plan che designescha exactamain ils lieus ch'èn pertutgads dal scumond sco er ils areals scumandads appartegnents.

² Sche l'areal scumandà vegn disponì da l'autoritad da quel chantun, en il qual l'act da violenza è vegnì commess, sto l'autoritad cumpetenta dal chantun da domicil da la persuna pertutgada vegnir infurmada immediatamain.

³ Per cumprovar la participaziun ad acts da violenza vala l'artitgel 3.

Art. 6

Obligaziun da sa
preschentar

¹ Ina persuna po vegnir obligada da sa preschentar durant tscherts temps tar in post da polizia, sche:

- a) ella ha cuntrafatg durant ils ultims 2 onns al scumond d'entrar en in areal scumandà tenor l'artitgel 4 u ad ina restricziun da bandunar il pajais tenor l'artitgel 24c LMSI;

- b) ins sto supponer – sin basa da fatgs concrets ed actuals – ch'ella na sa laschia betg retegnaïr tras autras mesiras da commetter acts da violenza a chaschun d'occurrenzas da sport; u
- c) l'obligaziun da sa preschentar para d'esser pli moderada en il cas singul en cumparegliaziun cun autras mesiras.

² La persuna pertutgada sto sa preschentar tar il post da polizia che vegn numnà en la disposiziun, e quai durant ils temps inditgads. Da princip è quai in post da polizia al lieu da domicil. L'autorità disponenta resguarda – fixond il lieu ed ils temps per la preschentaziun – las circumstanzas persunalas da la persuna pertutgada.

³ L'autorità da quel chantun, en il qual la persuna pertutgada abita, dispona l'obligaziun da sa preschentar. Il post central po pretender ch'i vegnian decretadas obligaziuns da sa preschentar.

Art. 7

¹ I sto vegnir supponì ch'ina persuna na sa laschia betg retegnaïr da commetter acts da violenza a chaschun d'occurrenzas da sport, auter che tras in'obligaziun da sa preschentar (art. 6 al. 1 lit. b), en spezial sche:

Applicaziun da l'obligaziun da sa preschentar

- a) igl è – sin basa da decleraziuns u d'acts actuals da la persuna pertutgada – enconuschent a las autoritads ch'ella guntgiss mesiras pli moderadas; u
- b) la persuna pertutgada na po – sin basa da sias relaziuns persunalas, sco la situaziun d'abitar u la piazza da lavur en la vischinanza directa d'in stadion – betg vegnir retegnaïda da commetter acts da violenza en l'avegnir tras mesiras pli moderadas.

² Sche la persuna ch'è obligada da sa preschentar na po – per motivs impurtants e cumprovabels – betg sa preschentar tar il post cumpetent (post d'annunzia) tenor l'artitgel 6 alinea 2, sto ella infurmar immediatamain il post d'annunzia inditgond il lieu da dimora. L'autorità da polizia cumpetenta controllescha il lieu da dimora e las indicaziuns da la persuna pertutgada.

³ Il post d'annunzia infurmescha immediatamain l'autorità che ha disponì l'obligaziun da sa preschentar, sche la persuna pertutgada è sa preschentada u betg.

Art. 8

¹ Cunter ina persuna po vegnir disponida ina fermanza da polizia, sche:

Fermanza da polizia

- a) igl èn avant maun indicaziuns concretas ed actualas ch'ella vegnia a sa participar a grevs acts da violenza cunter persunas u cunter chaussas a chaschun d'ina occurrenza da sport naziunala u internaziunala; e
- b) quai è l'unica pussaivladad d'impedir questa persuna da commetter tals acts da violenza.

² La fermanza da polizia sto vegnir terminada, cur che sias premissas n'èn betg pli avant maun, en mintga cas dentant suenter 24 uras.

³ Il mument inditgà sto la persuna pertutgada sa preschentar tar il post da polizia da ses lieu da domicil u tar in auter post da polizia che vegn numnà en la disposiziun e sto restar là per la durada da la fermanza.

⁴ Sche la persuna pertutgada na sa preschenta betg tar il post da polizia designà, po ella vegnir manada natiers da la polizia.

⁵ Sin dumonda da la persuna pertutgada sto in'autorità giudiziala controllar, sche la privaziun da la libertad è legitima.

⁶ La fermanza da polizia po vegnir disponida da las autoritads da quel chantun, en il qual la persuna pertutgada abita u en il qual l'act da violenza vegn temì. L'autorità da quel chantun, en il qual l'act da violenza vegn temì, ha la precedenza.

Art. 9

Applicaziun
da la fermanza
da polizia

¹ Occurrenzas da sport naziunalas tenor l'artitgel 8 alinea 1 litera a èn occurrenzas che vegnan organisadas da las federaziuns da sport naziunalas u da las ligas naziunalas u occurrenzas, a las qualas uniuns da questas organisaziuns èn participadas.

² Grevs acts da violenza en il senn da l'artitgel 8 alinea 1 litera a èn en spezial acts chastiabels tenor ils artitgels 111 fin 113, 122, 123 cifra 2, 129, 144 alinea 3, 221, 223 u 224 CP.

³ L'autorità cumpetenta al lieu da domicil da la persuna pertutgada designescha il post da polizia, tar il qual la persuna pertutgada sto sa preschentar, e fixescha il cumenzament e la durada da la fermanza.

⁴ Ils chantuns designeschan l'istanza giudiziala ch'è cumpetenta per controllar, sche la fermanza da polizia è legitima.

⁵ En la disposiziun sto la persuna pertutgada vegnir rendida attentà a ses dretg da laschar controllar la privaziun da la libertad tras in'autorità giudiziala (art. 8 al. 5).

⁶ Il post da polizia ch'è vegnì designà per exequir la fermanza, infurmescha l'autorità disponenta davart la realisaziun da la fermanza. Sche la persuna pertutgada na sa preschenta betg, sto l'autorità disponenta vegnir infurmada immediatamain.

Art. 10

Recumandaziun
da scumonds
d'entrar en sta-
dions

L'autorità ch'è cumpetenta per las mesiras tenor ils artitgels 4 fin 9 ed il post central pon recumandar a las organisaturas ed als organisaturs d'occurrenzas da sport da pronunziar scumonds d'entrar en stadions cunter persunas ch'èn daventadas violentas en connex cun in'occurrenza da sport ordaifer il stadion. Talas recumandaziuns vegnan fatgas cun inditgar las datas necessarias tenor l'artitgel 24a alinea 3 LMSI.

Art. 11

Las mesiras tenor ils artitgels 4 fin 7 pon vegnir disponidas mo cunter persunas che han cumplenì il 12avel onn da vegliadetgna. Ina fermanza da polizia tenor ils artitgels 8 e 9 po vegnir disponida mo cunter persunas che han cumplenì il 15avel onn da vegliadetgna.

Vegliadetgna
minimala

3. chapitel: Disposiziuns da procedura

Art. 12

In recurs cunter ina disposiziun da mesiras tenor ils artitgels 4 fin 9 surveg in effect suspensiv, sche l'intent da la mesira na vegn betg periclità tras quai e sche l'istanza da recurs u sche la dretgira conceda expressivamain l'effect suspensiv en ina decisiun intermediara.

Effect suspensiv

Art. 13

¹ Ils chantuns designeschan l'autorità ch'è cumpetenta per las mesiras tenor ils artitgels 4 fin 9.

Cumpetenza e
procedura

² En vista a l'execuziun da las mesiras tenor il chapitel 2 renviescha l'autorità cumpetenta a la smanatscha da chasti tenor ils artitgels 292 CP.

³ Sin basa da l'artitgel 24a alinea 4 LMSI annunzian ils chantuns a l'uffizi federal da polizia (fedpol):

- a) disposiziuns ed annullaziuns da mesiras tenor ils artitgels 4 fin 9 e 12;
- b) cuntravenziuns cunter mesiras tenor ils artitgels 4 fin 9 sco er las decisiuns penalas correspundentas;
- c) ils areals scumandads ch'els determineschan, agiuntond ils plans correspundents.

4. chapitel: Disposiziuns finalas

Art. 14

Il secretariat general da la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia (CDCGP) infurmescha la chanzlia federala davart quest concordat. La procedura sa drizza tenor l'artitgel 27o da l'ordinaziun federala davart l'organisaziun da la regenza e da l'administraziun.

Infurmaziun da la
confederaziun

Art. 15

Quest concordat entra en vigur, uschespert che almain dus chantuns èn sa participads ad el, il pli baud dentant il 1. da schaner 2010.

Entrada en vigur

Art. 16

Desditga

In chantun commember po desdir il concordat per la fin d'in onn, annunziand quai 1 onn ordavant. Ils auters chantuns decidan, sch'il concordat duaja restar en vigur.

Art. 17

Infurmaziun dal secretariat general da la CDCGP

Ils chantuns infurmeschan il secretariat general da la CDCGP davart lur participaziun, davart las autoritads cumpetentas tenor l'artitgel 13 alinea 1 sco er davart lur desditga. Il secretariat general da la CDCGP maina in a glista davart il stadi da la vigur dal concordat.

Concordato sulle misure contro la violenza in occasione di manifestazioni sportive

Approvato dalla Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia il 15 novembre 2007

Capitolo 1: Disposizioni generali

Art. 1

I Cantoni adottano, in collaborazione con la Confederazione, le misure preventive di polizia ai sensi del presente concordato, per impedire un comportamento violento nonché per rilevare e combattere tempestivamente la violenza in occasione di manifestazioni sportive.

Scopo

Art. 2

¹ Un comportamento violento e gli atti violenti sono considerati tali segnatamente se una persona ha commesso o incitato a commettere:

Definizione di comportamento violento

- a. reati contro la vita e l'integrità della persona ai sensi degli articoli 111–113, 117, 122, 123, 125 capoverso 2, 129, 133 e 134 del Codice penale (CP);
- b. danneggiamenti ai sensi dell'articolo 144 CP;
- c. coazione ai sensi dell'articolo 181 CP;
- d. incendio intenzionale ai sensi dell'articolo 221 CP;
- e. esplosione ai sensi dell'articolo 223 CP;
- f. pubblica istigazione a un crimine o alla violenza ai sensi dell'articolo 259 CP;
- g. sommossa ai sensi dell'articolo 260 CP;
- h. violenza o minaccia contro le autorità e i funzionari ai sensi dell'articolo 285 CP.

² È inoltre considerato un comportamento violento, minacciare la sicurezza pubblica, trasportando o utilizzando armi, esplosivi, polvere da sparo o pezzi pirotecnici in impianti sportivi, in loro prossimità e nel viaggio di andata e ritorno.

Art. 3

¹ Sono considerate prove di un comportamento violento ai sensi dell'articolo 2:

Prova del comportamento violento

- a. pertinenti sentenze giudiziarie o denunce della polizia;

- b. dichiarazioni attendibili o registrazioni visive della polizia, dell'amministrazione delle dogane, del personale addetto alla sicurezza o delle federazioni e delle società sportive;
- c. divieti di accedere a stadi pronunciati dalle federazioni e dalle società sportive;
- d. comunicazioni di un'autorità straniera competente in materia.

² Le dichiarazioni ai sensi del capoverso 1 lettera b sono messe per scritto e firmate.

Capitolo 2: Misure di polizia

Art. 4

Aree vietate

¹ Le autorità competenti possono vietare a una persona di accedere, in determinati orari, a un'area esattamente delimitata in prossimità di una manifestazione sportiva (area vietata), se è provato che in occasione di manifestazioni sportive ha partecipato ad atti violenti contro persone o cose. L'autorità cantonale competente definisce i confini delle singole aree vietate.

² Il divieto è valido per la durata massima di un anno.

³ Il divieto è pronunciato mediante decisione formale dalle autorità del Cantone in cui la persona risiede o in cui ha partecipato agli atti violenti. Le autorità del Cantone in cui si sono verificati gli atti violenti hanno la precedenza. Il Servizio centrale svizzero in materia di tifoseria violenta (Servizio centrale) può presentare la relativa richiesta.

Art. 5

Decisione d'interdizione d'accesso a un'area

¹ La decisione d'interdizione d'accesso a un'area stabilisce la durata dell'interdizione e l'area interdetta. La decisione è accompagnata da una piantina in cui sono indicati esattamente i luoghi interessati dall'interdizione e le relative aree interdette.

² Se la decisione è pronunciata dall'autorità del Cantone in cui si sono verificati gli atti violenti, quest'ultima informa senza indugio l'autorità competente del Cantone di domicilio della persona interessata.

³ Per la prova della partecipazione ad atti violenti è applicabile l'articolo 3.

Art. 6

Obbligo di presentarsi alla polizia

¹ Una persona può essere obbligata a presentarsi alla polizia in determinati orari se:

- a. negli ultimi due anni ha violato il divieto di accedere a un'area determinata, secondo l'articolo 4, o il divieto di recarsi in un Paese determinato, secondo l'articolo 24c LMSI;

- b. in base a elementi concreti e attuali si deve presumere che altre misure non la distolgono dal commettere atti violenti in occasione di manifestazioni sportive; oppure
- c. l'obbligo di presentarsi alla polizia rappresenta nel caso particolare la misura meno severa.

² La persona interessata deve presentarsi al posto di polizia designato nella decisione, negli orari indicati. Di principio si tratta di un posto di polizia nel luogo di residenza. Nel designare luogo e orari, l'autorità tiene conto della situazione personale della persona interessata.

³ L'obbligo di presentarsi alla polizia è imposto con decisione formale dall'autorità del Cantone di residenza della persona interessata. Il Servizio centrale può presentare la relativa richiesta.

Art. 7

¹ Si deve presumere che misure diverse dall'obbligo di presentarsi alla polizia non impediscono a una persona di commettere atti violenti in occasione di manifestazioni sportive (art. 6 cpv. 1 lett. b), segnatamente se:

Applicazione dell'obbligo di presentarsi alla polizia

- a. le autorità sono a conoscenza di affermazioni o attività correnti della persona interessata che inducono a credere che eluderebbe misure meno severe; oppure
- b. misure meno severe non le impedirebbero di commettere in futuro atti violenti a causa di circostanze personali, ad esempio perché il luogo di domicilio o di lavoro è situato nelle immediate vicinanze di uno stadio.

² Se la persona soggetta all'obbligo di presentarsi alla polizia, per motivi importanti e giustificabili non è in grado, conformemente all'articolo 6 capoverso 2, di presentarsi presso il servizio competente (posto di polizia), lo comunica senza indugio a quest'ultimo informandolo sul luogo in cui si trova. L'autorità di polizia competente verifica se le informazioni e il luogo indicato dalla persona interessata sono esatti.

³ Il posto di polizia informa senza indugio l'autorità che ha pronunciato l'obbligo di presentarsi alla polizia se le persone interessate si sono presentate o meno.

Art. 8

¹ Una persona può essere sottoposta a un fermo preventivo di polizia se:

Fermo preventivo di polizia

- a. vi sono indizi concreti e attuali che in occasione di una manifestazione sportiva nazionale o internazionale parteciperà a gravi atti violenti contro persone o cose; e
- b. è l'unica possibilità per impedirle di commettere tali atti violenti.

² Il fermo preventivo di polizia termina quando non ne sussistono più i presupposti e in ogni caso dopo 24 ore.

³ La persona interessata deve presentarsi all'ora indicata al posto di polizia del luogo di residenza o a un altro posto di polizia designato nella decisione e restarvi per la durata del fermo.

⁴ Se la persona interessata non si presenta al posto di polizia, può esservi condotta dalla polizia.

⁵ Su richiesta della persona interessata, un'autorità giudiziaria esamina la legalità della privazione della libertà.

⁶ Il fermo preventivo di polizia è pronunciato con decisione formale dalle autorità del Cantone in cui la persona interessata risiede o dalle autorità del Cantone in cui si temono gli atti violenti. Le autorità del Cantone in cui si temono gli atti violenti hanno la precedenza.

Art. 9

Applicazione del
fermo preventivo
di polizia

¹ Sono considerate manifestazioni sportive nazionali ai sensi dell'articolo 8 capoverso 1 lettera a, le manifestazioni organizzate dalle federazioni sportive o dalle leghe nazionali oppure a cui partecipano società che fanno parte di tali organizzazioni.

² Sono considerati gravi atti violenti ai sensi dell'articolo 8 capoverso 1 lettera a segnatamente i reati di cui agli articoli 111–113, 122, 123 numero 2, 129, 144 capoverso 3, 221, 223 o 224 CP.

³ L'autorità competente del luogo di domicilio della persona interessata designa il posto di polizia presso cui essa deve presentarsi e determina l'inizio e la durata del fermo preventivo.

⁴ I Cantoni designano l'istanza giudiziaria competente per l'esame della legalità del fermo preventivo di polizia.

⁵ Con la decisione s'informa la persona interessata del suo diritto di far verificare la legalità della privazione della libertà (art. 8 cpv. 5).

⁶ Il posto di polizia designato per l'esecuzione del fermo preventivo informa l'autorità di decisione dell'esecuzione. Se la persona interessata non si presenta, l'informazione avviene senza indugio.

Art. 10

Raccomandazione
divieto di
accedere a stadi

L'autorità competente per le misure secondo gli articoli 4–9 e il Servizio centrale possono raccomandare agli organizzatori di manifestazioni sportive di pronunciare divieti di accedere a stadi per coloro che hanno dimostrato un comportamento violento fuori dallo stadio in occasione di manifestazioni sportive. La raccomandazione viene rilasciata indicando i dati necessari in conformità dell'articolo 24a capoverso 3 LMSI.

Art. 11

Età minima

Le misure secondo gli articoli 4–7 sono pronunciate solo contro persone che hanno compiuto i 12 anni. Il fermo preventivo di polizia secondo gli

articoli 8–9 è pronunciato solo contro persone che hanno compiuto i 15 anni.

Capitolo 3: Disposizioni procedurali

Art. 12

Il ricorso contro le misure secondo gli articoli 4–9 ha effetto sospensivo solo se non ne risulta pregiudicato lo scopo della misura e se l'autorità di ricorso o il giudice lo accorda espressamente in una decisione incidentale.

Effetto
sospensivo

Art. 13

¹ I Cantoni designano l'autorità competente per le misure secondo gli articoli 4–9.

Competenza e
procedura

² Per l'esecuzione delle misure di cui al Capitolo 2, l'autorità competente rinvia alla comminatoria dell'articolo 292 CP.

³ I Cantoni comunicano all'Ufficio federale di polizia (fedpol) in virtù dell'articolo 24a capoverso 4 LMSI:

- a. le decisioni e le revoche delle misure secondo gli articoli 4–9 e 12;
- b. le violazioni delle misure secondo gli articoli 4–9, nonché le decisioni penali corrispondenti;
- c. le aree vietate da essi designate, allegando le relative piantine.

Capitolo 4: Disposizioni finali

Art. 14

La Segreteria generale della Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP) informa la Cancelleria federale sul presente Concordato. La procedura si svolge secondo l'articolo 27o OLOGA.

Informazione
della Confede-
razione

Art. 15

Il presente Concordato entra in vigore non appena vi aderiscono almeno due Cantoni, al più presto tuttavia il 1° gennaio 2010.

Entrata in vigore

Art. 16

Un Cantone membro può rescindere il Concordato alla fine di un anno con un termine di preavviso di un anno. Gli altri Cantoni decidono se lasciare o meno in vigore il Concordato.

Rescissione

Art. 17

Informazione del
Segretariato
generale della
CDDGP

I Cantoni informano il Segretariato generale della CDDGP sulla loro adesione, l'autorità competente in virtù dell'articolo 13 capoverso 1 e la loro rescissione. Il Segretariato generale della CDDGP tiene una lista aggiornata con lo stato di validità del Concordato.